Wir

Älteren in den Gewerkschaften in Bremen und Bremerhaven

Nr. 31 - 2017

Katja Pilz, Gestra-Betriebsrätin, im Interview
Seite 10

Weser weiter vertiefen?
Seite 16

Zur Erinnerung an Detlef Dahlke
Seite 24

Wer die Wahl hat, ...

Liebe Leserin, lieber Leser,

Editorial

in ein paar Tagen ist es soweit, alle Wahlberechtigten in unserem Land sind am 24. September aufgerufen, ihre Stimme „abzugeben". (WIR sind übrigens der Meinung, dass wir unsere Stimmen auch in der Zeit zwischen den Wahlen behalten – und auch nutzen sollten.) Die Bundestagswahlen sind der Schwerpunkt dieser Ausgabe.

Neben diesem Thema haben wir auf 28 Seiten einen bunten Strauß von Artikeln zusammengestellt, der – so hoffen wir – auch wieder auf euer Interesse stößt. Eine traurige Nachricht: Unser langjähriges aktives Redaktionsmitglied Detlef Dahlke ist im Alter von 90 Jahren verstorben. Wir werden ihn nicht vergessen.

Auf der letzten Seite dieser Ausgabe findet ihr die Ankündigung für den diesjährigen Tag der Älteren Generation. Bitte beachtet: Er findet diesmal ausnahmsweise nicht am 1. Oktober, sondern schon am Samstag, 30. September auf dem Hanseatenhof statt. Grund ist der Bremen Marathon, der am Sonntag die Innenstadt beherrschen wird. Vielleicht sehen wir uns am 30. September?

Bis dahin, euer Redaktionsteam

P.S. Wie immer sind wir interessiert an eurer Meinung über unsere Zeitung.
Anregungen und Kritiken könnt ihr jetzt direkt mailen an ***wir@aulbremen.de***

Alle Ausgaben der WIR finden sich unter dieser Adresse im Internet:
http://www.aulbremen.de/index.php?key_nav=002-003-017

Inhalt

24.09. Gedanken vor der Wahlurne 3
24.09. Gedanken über die Demokratie 5
24.09. Volksentscheid Bremen: Pro & Contra 6
Wertegemeinschaft ... oder? 8
GESTRA-Inteview: Vom Familienbetrieb zur Konzernfiliale 10
Glosse: Vom gesunden Essen beim Älterwerden 14
Ik bün dör dat Nee´e Testament Marxist worrn 15
Weservertiefung 16
Küstenschutz gegen Flussvertiefung 18
Arno Kunath und seine Tochter Hanna 20
9. November: Zurück zur Nation? 22
Detlef Dahlke, 1926 bis 2017 24
Veranstaltungsbericht: Armut in einem reichen Land 26
Leserbriefe 27
30.09. Internationaler Tag der älteren Generation 28

Gedanken vor der Wahlurne

Einige sehr persönliche Anmerkungen zur Bundestagswahl (Stand August 2017)

Wolfgang Bielenberg

Seit nun knapp 50 Jahren habe ich das Recht zu wählen. Seit nun knapp 50 Jahren gehe ich zur Wahl und setze Kreuze in Kreise. Warum? Ich habe mir diese Frage so beantwortet:

- weil Wahlverweigerung überhaupt nichts nützt,
- weil jede Stimme zählt, und daher ...
- andere entscheiden, wenn ich nicht wähle.

Seit knapp 50 Jahren werben Parteien im Wahlkampf auch um meine Stimme:

Über Jahrzehnte warnten CDU/CSU mit der Losung „Keine Experimente“ davor, eine andere Partei zu wählen. Als dann die SPD in Regierungsverantwortung kam, wurde mir ihre Wiederwahl als „das kleinere Übel“ empfohlen. Dass man damit eben auch ein „Übel“ gewählt hatte, merkten viele spätestens mit der Regierung Schröder und ihrer Agenda 2010. Die jetzt von Merkel geführte Gro(ße) Ko(alition) schätzt sich und ihre Politik schlicht als „alternativlos“ ein. Bleiben FDP und GRÜNE, die im Laufe der Jahre sich wechselnden Lagern anschlossen und – das betrifft vor Allem die GRÜNEN - so an Profil verloren.

Nationalistische, minderheitenfeindliche, offen oder verdeckt faschistische Parteien kommen für mich nicht in Frage.

Ich werde also wieder mein Kreuz bei den Linken setzen, deren Vorstellungen einer Friedens-, Steuer- und Sozialpolitik ich teile – und die mehrheitsfähig sind.

Und nach der Wahl?

Mit einer hohen Wahrscheinlichkeit wird Frau Merkel wieder Kanzlerin. Ob ihr die SPD im Rahmen einer weiteren GroKo zur Mehrheit hilft, oder ob es mit der FDP oder den Grünen reicht, wird sich zeigen. Damit wird eine Politik fortgesetzt, deren Ziele die weitere militärische Aufrüstung, die Exportorientierung der deutschen Wirtschaft ist. Eine Politik,

Demokratie braucht mehr als das berühmte „Kreuzchen“ ...

die sich gegen die Interessen der übergroßen Mehrheit – nicht nur in Deutschland - richtet. Die Schere zwischen Arm und Reich wird sich weiter öffnen.

Das ist nicht alternativlos!

Bewegungen, die mit klaren Aussagen eine glaubhafte und erfolgversprechende Alternative anbieten, können auch in kurzer Zeit Erfolge erzielen: Syriza in Griechenland oder Podemos in Spanien. Dort, wo Kandidaten glaubhaft und konsequent linke, demokratische und soziale Politik vertreten haben, erhielten sie – trotz aller Unkenrufe aus den eigenen Reihen und einem Großteil der Medien - einen Stimmenzuwachs wie Corbyn für seine Labourpartei in Großbritannien oder Bernie Sanders als Gegenkandidat von Hillary Clinton bei den Präsidentschaftsvorwahlen in den USA.

Dass sich auch in Deutschland viele eine andere Politik wünschen, zeigte auch die anfängliche Unterstützung für SPD Spitzenkandidat Martin Schulz. Leider gelang es ihm nicht, eine Erfolg versprechende Alternative für einen Politikwechsel darzustellen.

Und nun?

Ich setze mein Kreuz - aber das Kreuz auf dem Wahlzettel reicht mir nicht! Es reicht mir nicht, alle vier oder fünf Jahre mit meinem Kreuz meine Stimme „abzugeben“ und dann zuzuschauen, wie die Mehrheit der Gewählten immer weiterwursteln und eine ganz andere Politik machen als ich (und die Mehrheit der Bevölkerung) sie wollen.

Unser Wirtschaftssystem ist mit dafür verantwortlich, dass allein 2016 über 54 Millionen Menschen an Hunger oder Krankheit zu Grunde gingen. (Der 2. Weltkrieg brauchte für diese Anzahl immerhin sechs Jahre!). Dieses Wirtschaftssystem ist krank - ich will es nicht!

Ich will nicht, dass „unsere“ Rüstungsindustrie sich krumm und dämlich daran verdient, dass mit ihren Waffen Menschen auf dieser Welt massakriert werden!

Ich will nicht, dass Menschen in unserem stinkreichen Land sich an Tafeln anstellen müssen, um sich satt essen zu können!

Ich nehme mir weiter vor, gegen den Dämmerschlaf anzukämpfen, in den mich Frau Merkel und die sie unterstützenden Medien zu versetzen suchen! Ich nehme mir vor, auch als Rentner weiter zusammen mit anderen zu sagen, was ich will und was nicht - auch außerhalb meines Wohnzimmers. Ich wünsche mir, dass wir dabei immer mehr werden.

Ich will eine Politik für die Vielen, nicht für die Wenigen.

Vergesst nicht, dass diejenigen Menschen euch am besten dienen werden,
die Ihr aus Eurer eigenen Mitte wählen werdet,
die das gleiche Leben wie Ihr führen und die gleichen Leiden ertragen wie Ihr ...

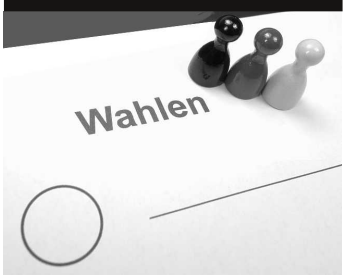
Hütet euch vor Leuten, die zuviel reden,
vermeidet vom Schicksal Begünstigte,
denn selten nur will derjenige, der ein Vermögen besitzt,
im Arbeitenden seinen Bruder sehen.

Wählt eher diejenigen, die sich um eure Stimme nicht bewerben.
der wahre Verdienst ist bescheiden,
und es ist Sache der Wähler, ihre Kandidaten zu kennen
und nicht der Kandidaten, sich erst vorzustellen.

Wahlaufruf der Pariser Commune, im Frühjahr 1871:

Gedanken über die Demokratie

SO 24.09.2017



Traudel Kassel

Ich stehe in der Wahlkabine und mache mir Gedanken über die Demokratie. Schließlich haben wir hier eine – mit Verfassung, Grundgesetz und Grundrechten.

Nur: wer hat diese Verfassung einschließlich Grundgesetz eigentlich ausgearbeitet – damals 1949? Es sollen die Väter des Grundgesetzes gewesen sein, eingesetzt und beauftragt von den westlichen Besatzungsmächten. Obwohl, da waren auch ein paar Frauen dabei. Diese hat es allerdings viel Mühe gekostet durchzusetzen, dass gleiche Rechte für Frauen und Männer ins Grundgesetz reingeschrieben wurden. Die hatten die Väter nämlich nicht auf dem Schirm.

Das Volk (demos) hatte da weder mitzureden noch darüber abzustimmen, nur die Landtage haben ihre Zustimmung gegeben. Auch über die inzwischen ungezählten Änderungen bei Verfassung, Grundgesetz und Grundrechten hat das Volk nicht abgestimmt. Nicht über die Wiederbewaffnung oder den NATO-Beitritt. Noch nicht einmal über die historisch bedeutungsvollste Änderung, nämlich den „Beitritt" der vormaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland haben die Bevölkerungen der DDR oder der Bundesrepublik abgestimmt.

Darüber haben Parlamentarier entschieden – und die sind ja vom Volk gewählt. Also doch Demokratie? Meistens gehen Änderungen der Verfassung so schnell und so still über die Bühne, dass der größte Teil des Volkes das gar nicht mitbekommt. Wer im Existenzkampf zwischen Job oder Arbeitslosigkeit, Familie, Schulproblemen, Wohnungssuche steht oder sich mit Krankheiten herumschlägt, an dem dürfte die jetzt beschlossene mögliche Privatisierung der Fernstraßen und Schulinstandhaltung und etlichen weiteren Änderungen des Grundgesetzes vorbeigegangen sein. Nicht einmal Menschen, die die Tageszeitung lesen, kennen alle 13 Grundgesetzänderungen, die im Juni dieses Jahres zur Abstimmung standen. Wie kann sich das Wahlvolk da einbringen?

Bei manchen Änderungen im Grundgesetz haben sich Teile des Volkes aber doch eingeschaltet, zum Beispiel bei den Notstandsgesetzen, bei Bundeswehreinsätzen in aller Welt, beim Asylrecht – mit massenhaften Protesten. Die Änderungen wurden zwar nicht verhindert, aber die Regierenden haben zumindest gemerkt, dass es abweichende Meinungen gibt.

> „Demokratie ist die Volksherrschaft nur in den Händen eines politischen Volkes, in den Händen eines unerzogenen und unpolitischen Volkes ist sie Vereinsmeierei und kleinbürgerlicher Stammtischkram."
>
> Walther Rathenau (1867 – 1922)

Und heute: Wer oder was steht eigentlich zur Wahl?

Ich frage mich auch in der Wahlkabine: Wozu bin ich aufgerufen meine Stimme abzugeben? Gebe ich meine Stimme „ab" an die Politik, damit ich für vier Jahre nichts mehr zu sagen habe und die Regierenden alles beschließen können, was sie wollen – und ich vielleicht nicht will?

Gibt es überhaupt Parteien oder KandidatInnen, die meine Interessen vertreten wollen – und die es auch können? Kann ich mit meiner Stimme bestimmen, wer am Ende mit wem regiert? Kann ich damit Privatisierungen verhindern, oder unfaire Freihandelsabkommen, die ich ablehne? Oder Auslandseinsätze der Bundeswehr, Waffenverkäufe in Krisengebiete? Oder Steuer-, Sozial- oder Umweltgesetze, die ich als ungerecht oder schädlich empfinde?

Vielleicht ist meine Stimme nur dazu da, ein Stimmungsbild der Gesellschaft an diesem einen Tag herzustellen. In der Wahlkabine stehe ich allein. Aber danach arbeite ich weiter mit anderen Menschen daran, Politik im Sinne der arbeitenden und arbeitslosen Menschen, der Kinder, der alten und der kranken Menschen zu betreiben.

VOLKSENTSCHEID

Künftig für fünf?

Am 24. September 2017 findet gleichzeitig mit der Wahl des Bundestages in Bremen ein Volkentscheid statt. Die Bürgerinnen und Bürger sollen entscheiden, ob die Abgeordneten der Bürgerschaft zukünftig nur noch alle fünf statt alle vier Jahre gewählt werden.

Im Bremen gab es seit 1947 drei Volksentscheide.

Am 12. Oktober 1947 wurde über die Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen abgestimmt. An der Abstimmung beteiligten sich 67,7 % der Wahlberechtigten. Die Verfassung wurde mit 72,5% angenommen.

Gesondert wurde 1947 über einen Verfassungsartikel zur betrieblichen Mitbestimmung abgestimmt. Die Frage nach der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben lautete:

„Sollen die Betriebsräte über die sozialen Fragen hinaus gleichberechtigt mit den Unternehmern auch in personellen Fragen des Betriebes mitbestimmen, und zwar im Einvernehmen mit den Gewerkschaften?“

Mit 52,3 % der abgegebenen Stimmen wurde diese Frage mit JA beantwortet.

In einer weiteren Volksabstimmung am 16. Oktober 1994 wurde über Verfassungsänderungen abgestimmt. An dieser Abstimmung beteiligten sich 78,3 % der Wahlberechtigten. 76% stimmten den Verfassungsänderungen zu. So wurde die bislang erforderliche Einstimmigkeit in der Bürgerschaft für eine Verfassungsänderung in eine Zweidrittel-Mehrheit geändert. Neu eingeführt wurde auch die Möglichkeit der Parlamentsauflösung vor Ablauf der Legislaturperiode.

Mehr Informationen über die Geschichte der Direkten Demokratie in Bremen gibt es im Internet auf der Seite des Vereins „MEHR DEMOKRATIE e.V.“.

Zu dem nun anstehenden Volksentscheid gibt es in der Redaktion der WIR unterschiedliche Meinungen. Wir haben mal zwei Meinungen gegenüber gestellt.

Außer in Bremen wird in allen übrigen Bundesländern sowie bei einer Vielzahl von Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten eine Amtszeit von fünf Jahren festgelegt. Die Verlängerung der Wahlperiode bedeutet auch keinen Verlust an Demokratie. Die Wahlberechtigten in den übrigen Bundesländern haben diese Verlängerungen der Wahlperioden nicht mit einem Verlust an demokratischen Rechten verbunden bzw. empfunden.

Eine Ausweitung der Amtszeit der mit hohem Aufwand gewählten Gremien sichert eine qualifizierte und längerfristig angelegte politische Arbeit und räumt den jeweiligen Gremien mehr Zeit für ihre Arbeit ein. Eine Verlängerung der Wahlperioden trägt zu einer besseren politischen Arbeit insgesamt und zu einer Ressourcengewinnung bei.

Die gewählten und neugewählten Mandatsträger in den Organen und Gremien haben mehr Zeit für eine qualifizierte und langfristig angelegte politische Arbeit. Eine fünfjährige Mandatszeit gewährt weiterhin die Demokratie, ermöglicht eine kontinuierliche Arbeit der Gremien und spart Ressourcen.

Deshalb: Wähler*innen in Bremen und Bremerhaven, stimmt für die Verlängerung der Legislaturperiode von fünf Jahren für die Bremische Bürgerschaft

PS: Es wäre zu begrüßen, wenn die Wahlperiode in ver.di ebenfalls auf fünf Jahre verlängert würde.

Günther Wesemann

Worum geht es? Die Bürger sollen in einer Zeit, da ihnen immer mehr mühsam erkämpfte Rechte beschnitten werden und die PolitikerInnen über die Köpfe der Betroffenen selbstherrlich entscheiden, ein weiteres Recht freiwillig abgeben.

Das wichtigste Recht in der Demokratie: Die Obrigkeit abzuwählen und Bessere neu zu wählen.

Solange die Obrigkeit es sorgsam vermeidet, bei wichtigen Entscheidungen das Wahlvolk per Volksentscheid zu beteiligen, ist dieses Korrektiv unverzichtbar.

Als Techniker habe ich einen guten Ratschlag mit auf meinen Lebensweg bekommen: Jedes Problem lässt sich lösen. Man benötigt nur genügend Geld und genügend Zeit. Aber: Man hat nie genügend Geld und nie genügend Zeit!

Um in der Praxis zu bestehen zu können gab es dann die ökonomische Lösung: "Konzentrieren auf das Notwendige und das Machbare!" Und was notwendig und machbar ist muss im ständigen Kontakt mit den betroffenen Menschen hinterfragt werden. Politisch muss dies dann glaubwürdig vertreten werden.

Wer dies tut braucht nach vier Jahren vor einer Wahl keine Angst zu haben.

Udo Hannemann

Wertegemeinschaft – oder...?

Traudel Kassel

Wann immer in der Welt ein Konflikt ausbricht, der die wirtschaftlichen oder geopolitischen Interessen Europas oder Nordamerikas berührt, beschwören führende Stimmen aus Politik, Wirtschaft und Medien eine christlich-abendländische oder transatlantische Wertegemeinschaft, die es gegen böse Mächte zu verteidigen gilt.

Welche Werte gilt es da in aller Welt zu verteidigen? Christlich-abendländische, demokratische oder transatlantische? Eigentlich doch ganz einfach: Sie beruhen auf den Grund- und Menschenrechten, wie sie im Grundgesetz verankert sind – im Rhododendronpark in Stein gemeißelt.

Werden die unveräußerlichen Rechte allen Menschen hier und anderswo zugestanden? Werden sie nicht allzu oft vermeintlichen politischen Erfordernissen angepasst? Sind für Erwerbslose nicht Unverletzlichkeit der Wohnung und freie Berufswahl längst außer Kraft gesetzt? Wird das Asylrecht nicht Zug um Zug eingeschränkt? Behandelt der Rechtsstaat einen Uli Hoeneß oder Zumwinkel genauso wie einen einfachen Menschen, der wegen seiner unerträglichen Lage ausrastet?

Mit den gemeinsamen christlich-abendländischen Werten ist das auch nicht einfacher. Noch vor wenigen Jahrhunderten haben sich Christen wegen ihrer Konfessionsvorstellungen gegenseitig grausam massakriert, noch im vorigen Jahrhundert diskriminiert und verunglimpft. Dass christliche Staaten unter sich Krieg geführt haben – jeder für Gott und Vaterland – ist auch nicht so lange her – oder?

Ist das christliche Abendland nicht reich und mächtig geworden, weil es fernen Völkern den christlichen Glauben der Nächstenliebe gebracht und sie gleichzeitig diese mit List oder brutaler Gewalt unterworfen, Menschen bis aufs Blut ausgebeutet oder massakriert hat? Stichworte Sklavenhandel, Kolonialherrschaft, Ausbeutung von Ressourcen, einseitige Handelsbeziehungen. Wo waren da die christlichen Werte?

Die abendländische Kultur geht zurück auf die Werte der griechischen Demokratie der Antike. Diese galt für alle Bürger – auch für Frauen und Sklaven? Und die Losungen der Französischen Revolution:

> In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.
>
> Egon Bahr (1922 bis 2015)

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – galten sie auch für die „niederen Stände“ in Frankreich oder für die kolonisierten Völker?

Westliche Werte

Zum Glück sind da ja noch die Werte der westlichen transatlantischen Gemeinschaft, die nicht mit solchen geschichtlichen Problemen belastet sind. Ich frage mich nur immer, worin genau der besondere Wert der Himmelsrichtung Westen im Unterschied zu Norden, Süden, Osten besteht. Von nördlichen, südlichen, östlichen Werten habe ich noch nichts gehört. Naja, aus dem Osten kamen vor Jahrhunderten Völkerscharen, die offensichtlich keine westlichen Werte kannten – erst die Hunnen, dann die Mongolen. Russen blieben immer Feinde, nach 1917 erst recht die Sowjets. Nach 45 gab es hinter dem Eisernen Vorhang ja weder Menschenrechte noch überhaupt Werte. Da waren unsere westlichen doch viel besser. So habe ich das in der Schule gelernt. Und dann muss das ja stimmen – oder?

Mit der Wende 1989 hat sich das geändert. Jetzt haben auch die Neuen Bundesländer westliche Werte – nur ein paar Unbelehrbare glauben immer noch nicht,

Rettet die abendländische Kultur ...
Das CDU-Wahlplakat (um 1949) zeigt links die Ecclesia vom Südportal des Straßburger Münsters und rechts das aufs Kreuz gelegte SED-Handschlag-Symbol.

dass Konkurrenz, Kriegspolitik und Konsum der Weisheit letzter Schluss ist. Auch sonst hat sich die Grenze zwischen Westen und Osten einfach ein Stück weiter nach Osten verschoben. Die Längengrade und Zeitzonen gelten zwar immer noch. Aber die Werte, die haben sich verschoben. Polen gehört zum Beispiel eigentlich nicht zum Westen, ist aber christliches Abendland. Nur die Russen haben immer noch keine Werte, obwohl in ihrem Volk christliche Kultur verankert ist. Werte haben sie offensichtlich keine, solange Putin regiert. Der „Spiegel" kürzlich: Stoppt Putin jetzt! Der ist eben ein ganz Böser – ohne christliche, abendländische oder westliche Werte. Der beruft sich nur auf die Interessen seines Landes. Das tun unsere abendländisch-christlich-westlichen Politiker nie – oder?

Wenn westliche Politiker in fremde Länder reisen, setzen sie sich überall für Menschenrechte, Frieden und Freiheit ein. Das sagen sie ernst in alle Mikrofone und Kameras. Nur gelegentlich erfahren wir, dass sie von namhaften Vertretern der Wirtschaft, auch der Rüstungsindustrie begleitet werden. Die reisen natürlich auch nur mit, um Menschenrechten, Frieden und Freiheit im jeweiligen Land Geltung zu verschaffen – vor allem im Iran, der auch böse bleibt, auch wenn gerade ein westfreundlicher Präsident wiedergewählt worden ist. Afghanistan braucht auch Menschenrechte, soll aber jetzt wieder sicher sein, weil die Bundeswehr so viele Frauen befreit und Brunnen gebohrt hat. Afrika soll ja aus mehreren Ländern bestehen: guten, die christlich und bösen, die muslimisch sind. Jedenfalls beschützt Militär aus westlichen Staaten afrikanische Völker vor bösen Terroristen, die es ohne die Politik dieser Staaten gar nicht gegeben hätte. Frontex beschützt Flüchtende aus guten und bösen Ländern vor bösen Schleusern – oder?

Es gibt finanzielle Hilfe für afrikanische Staaten, natürlich nur unter strikter Kontrolle durch die christlich-abendländisch-westliche Wertegemeinschaft: vor allem für Polizei und andere Institutionen, die den Flüchtlingsstrom gar nicht erst ans Mittelmeer gelangen lassen sollen. Aus reiner Nächstenliebe – oder?

Kanzlerin und Minister werden bestimmt keine schmutzigen Deals und die Rüstungsindustrie doch bestimmt keine Waffengeschäfte mit „Kunden" machen wollen ohne zu fragen, ob die „Kunden" zu unserer westlichen Wertegemeinschaft passen (Todesstrafe, Folter, Mangel an Demokratie, Pressefreiheit, Frauen-, Minderheiten- oder sonstigen Menschenrechten) – oder?

Oder - hängt sich die vielbeschworene Wertegemeinschaft vielleicht nur ein christlich-abendländisch-menschenrechtliches Mäntelchen um, um über ihre Absichten hinwegzutäuschen: Interessen- und Machtpolitik mit allen Mitteln – diplomatischen, erpresserischen oder auch kriegerischen – zu betreiben, wie alle anderen auch? Handelt es sich am Ende weniger um eine WERTEGEMEINSCHAFT als vielmehr um eine BEUTEGEMEINSCHAFT??

Vom Bremer Familienbetrieb zur „Filiale“ eines internationalen Konzerns: Die Bremer GESTRA AG

Interview mit Katja Pilz, Betriebsratsvorsitzende der GESTRA

Seit wann gibt es die GESTRA?

Die Firma wurde 1902 von dem Bremer Gustav F. Gerdts gegründet. Unter ihm wurden auch die Entwicklungen hier gemacht, mit dem Dampf, mit den Armaturen und ähnliches. Eigentlich basiert unser Produktprogramm heute noch auf diesen Ideen, die damals entwickelt und gebraucht wurden. Gerdts hat sich dann noch den Strauch als Kompagnon dazu geholt und die Unternehmung geführt, bis er dann, aus Altersgründen denke ich, 1990 die Aktienmehrheit an die Firma SIEBE verkauft hat. Der Verkauf war ein großer Verlust, weil bis dahin GESTRA ein echter Familienbetrieb war. Und die Mitarbeiter des Unternehmens waren sehr eng miteinander verbunden. Sie waren sehr lange hier beschäftigt und haben das Unternehmen gemeinsam groß gemacht. Wir haben hier immer noch 50-Jahre-Jubiläen gefeiert.

Wie hat sich die Firma weiterentwickelt?

In den 1980ern begann mit der elektrischen Kessel-Wartung eine Veränderung unseres herkömmlichen Produktprogramms. Früher musste man immer die Sorge haben, dass die Kessel explodieren. Ein Mensch war ständig in der Nähe, um zu prüfen, ob die sicher sind. Heutzutage haben wir eine 72-Stunden Fernüberwachung. Da gibt es verschiedene Armaturen, die wir hier herstellen. In dem Bereich sind wir sehr erfolgreich geworden. Ein Metier, wo wir immer grösser und stärker werden auf dem Markt.

Wo sehen wir GESTRA-Produkte im Alltag?

Als Privatmensch sehen wir unsere Produkte nicht. Höchstens bei der eigenen Heizungsanlage, da gibt es ganz kleine Rückschlagventile. Aber das ist nicht

Gestra-Firmensitz: Neuerdings hat ein britischer Eigentümer das letzte Wort an der Münchener Straße.

Katja Pilz

... ist Bremerin und 53 Jahre alt. Nach ihrem Abitur machte sie eine Lehre zur Tischlerin. Danach studierte sie an der Hochschule Bremen Betriebswirtschaftslehre. Mit einer Initiativ-Bewerbung bewarb sie sich bei der GESTRA. 1991, bevor sie ihre Diplomarbeit fertig hatte, begann sie in der Firma im Bereich Vertriebscontrolling zu arbeiten. Das Vertriebscontrolling war unter anderem dem Vorstand und der Vertriebsleitung als Stabsstelle angebunden. Immer engagierte sich auch für die Belange der KollegInnen. Nach der Geburt ihrer zwei Söhne ließ sie sich 2006 für den Betriebsrat aufstellen, wurde gewählt und ist seit Januar 2009 Vorsitzende. Katja ist Mitglied im Ortsvorstand Bremen der IG-Metall.

unser Hauptmetier, das geht in die Industrie. Wenn man zum Beispiel an Chemie-Anlagen oder Kraftwerken vorbeifährt, da sind lange Rohrsysteme, da sind unsere Produkte eingebaut: Ganz klassische Schließarmaturen, Stellarmaturen. Kesselanlagen, in denen Dampf entsteht, hat man in fast jeder Industrie. Oder in Krankenhäusern wird Wasserdampf für die Sterilisation benötigt, Wärmerückgewinnung wird auch über Kesselanlagen betrieben. Und diese Kessel müssen überwacht werden.

Müssen die Überwacher in Bremen sein?

Wir selber überwachen die Kessel nicht, wir liefern die Technik dazu. Es ist aber z.B. möglich, auf Reisen zu sein und auf seinem Handy die Daten des Kessels zu sehen und zu erkennen, ob der Kessel normal läuft oder ob da irgendwelche Risiken sind, wo man Maßnahmen ergreifen muss.

Was macht es für einen Unterschied für die Belegschaft, für ein Familienunternehmen zu arbeiten oder für einen internationalen Konzern?

Der Unterschied, glaube ich, ist heutzutage grösser als Anfang der 1990er Jahre, als wir an die englische Firma SIEBE verkauft wurden. Gerdts hat seine Aktien verkauft in der Hoffnung, dass SIEBE international gut aufgestellt ist und damit auch neue Märkte erreicht werden. Da war man schon global unterwegs, aber nicht in dem gleichen Niveau wie heute. Für die Belegschaft war es ein Wechsel von einem Bremer Familienunternehmen zu einer anonymen Gesellschaft, wo Menschen auch eine andere Sprache sprechen. Diese sprachliche Unterscheidung war damals deutlich schwieriger als heute. Heute spricht man fast überall Englisch.

Wie hat sich die Internationalisierung auf Belegschaft und Arbeit ausgewirkt?

Damals waren wir hier in Bremen fast 1.000 Beschäftigte. Ab den 1990er Jahren sollte dann alles wirtschaftlicher zugehen. Das hat zu massivem Personalabbau ge-

Das Interview führten Wolfgang Bielenberg und Orhan Çalışır

Firmengeschichte als Fassadenschmuck am Gestra-Werk.

führt - jetzt sind wir nur 400. Die Internationalisierung war mit Ängsten verbunden.

Auf das Management wurde von außen Einfluss genommen. Das haben auch die KollegInnen gespürt. Wenn du den Eindruck hast, im Gespräch mit deinem Vorgesetzten Dinge nicht mehr schnell entscheiden zu können, sondern dass der sich erst einmal abstimmen muss, dann behindert dich das auch in deinen persönlichen Freiheiten als Mitarbeiter. Und natürlich auch das Management.

Seitdem wir seit 2002 dem US-Amerikanischen Flowserve Konzern angehören, hat sich die Lage immer mehr verschärft. Wenn wir auf die letzten Jahre gucken - unser Management konnte keine einzige Entscheidung mehr alleine treffen. Es ist alles vom Konzern entschieden worden. Willst du Personal einstellen, dann gibt es eine ganze Kette, wo irgendjemand in den USA ein Häkchen machen muss, damit du überhaupt eine Person einstellen oder versetzen darfst. Da müssen 15 Leute zustimmen. Die siehst du nicht, die hörst du nicht. Genauso bei den Investitionen, bei der Entwicklung des Maschinenparks oder bei der Produktentwicklung. Alles bedarf der Zustimmung der Hierarchiestufen des Konzerns. Und das behindert die KollegInnen in ihrer freien Entfaltung, in ihrer Kreativität. Sie werden ständig ausgebremst.

Und das Gefühl haben, ständig kontrolliert zu werden, bevormundet zu werden, angewiesen zu werden. Das ist Behinderung. Und die Arbeit wanderte nach Indien, nach Osteuropa ab: Engineering, technische Zeichnungen, Buchhaltung...

Buchhaltung auch?

Ja, Buchhaltung auch. Das war die Planung vom Flowserve-Konzern. Die haben in Ungarn ein riesiges Gebäude gekauft. Da sollten 400 Leute dann weltweit die Buchhaltung für den Konzern machen. Letztens ging es bei uns um Abwanderung der Arbeit. So ist die Globalisierung ein Gefahr für unsere Arbeitsplätze. Aber das ist jetzt abgewendet, wir sind verkauft worden, die Kollegen bleiben jetzt hier.

GESTRA hat schwarze Zahlen geschrieben, trotzdem wollte Flowserve verkaufen. Was war der Grund?

Der Grund war, dass Flowserve ein Unternehmen in den USA ist, das sich hauptsächlich mit Pumpenproduktion beschäftigt. Und da sind wir als GESTRA ein Nebengeschäft. Aber die sind mit

ihrem Geschäft in die Bredouille geraten, haben Auftragseinbrüche gehabt, sind in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Sie haben zunächst an allen ihren Standorten Personal abgebaut, Standorte geschlossen, weltweit Produktion verlagert. In Ludwigshafen ist eine Firma geschlossen worden. Wir haben hier 2015/2016 ungefähr 10 % der Belegschaft verloren, 40 bis 50 KollegInnen. Bloß um Kosten zu sparen, obwohl wir ein gesundes Unternehmen waren und die KollegInnen brauchten.

Trotz dieser Maßnahmen hat sich die wirtschaftliche Lage von Flowserve nicht verbessert. Und dann haben sie sich zum Jahreswechsel 2016 / 2017 entschieden, ihr Sahnestück, das wir für sie letzten Endes waren, zu verkaufen. Also statt die Kuh selber zu melken, sie zu verkaufen, um sich mit dem Erlös zu sanieren.

GESTRA wurde nun nach langem Hin und Her am 3. Mai an die britische Spirax Sarco verkauft. Was weißt du über diese Firma und wie sieht die Zukunft für die Belegschaft aus?

Das ist auch ein Konzern, aber etwas kleiner. Knapp 5.000 Beschäftigte, der Hauptsitz ist in England und, was uns ein bisschen Sorgen bereitet, ist, dass sie unser Hauptwettbewerber für einen Großteil unserer Produkte ist. Wir können nicht einschätzen, was der neue Eigentümer strategisch mit diesen beiden Marken auf dem Markt vor hat. Das ist ein bisschen unklar.

Könnte es sein, dass Spirax Sarco wegen des Brexits mit dem Kauf von GESTRA versucht, auf dem europäischen Markt zu bleiben?

Nach dem Verkauf am 3. Mai war der Vorstandsvorsitzende von Spirax Sarco hier in Bremen. Das war für unseren Betriebsrat der erste Kontakt mit ihm und für ihn das erste Mal, dass er offen über seine Ziele geredet hat. Es ist anscheinend so, dass er die Marke GESTRA erhalten will und uns im Spirax Sarco-Konzern als eine eigenständige Einheit hier am Standort Bremen belässt. Die Botschaft ist: der Standort bleibt erhalten, man will hier investieren und es soll kein Personalabbau stattfinden.

Das hört sich erst mal gut an. Es muss sich aber erst zeigen, wie viel von dem Versprechen eingehalten wird.

Welche Berufe sind am stärksten vertreten und bildet die GESTRA aus?

Wir sind rund 400 Beschäftigte, davon arbeitet ungefähr eine Hälfte in der Produktion und die andere Hälfte in der Verwaltung. Auszubildende haben wir zur Zeit ungefähr 20. Im kaufmännischen Bereich bilden wir Betriebswirte und Wirtschaftsingenieure im Rahmen eines dualen Studiums aus. Klassische Industriekaufleute bilden wir nicht mehr aus, leider.

In der Produktion arbeiten fast seit Gründung hauptsächlich Zerspanungsmechaniker. Wir bilden Mechatroniker und Lagerlogistiker für den eigenen Bedarf aus. Das ist hier bei GESTRA die gute Tradition.

Katja Pilz mit einer Unternehmenspublikation: Gestra-Produkte präsentieren sich in Bremens „guter Stube“.

Vom gesunden Essen beim Älterwerden

Ulla Lessmann

Jetzt sagen sie ja, man soll ständig grünes Gemüse essen wegen der Augen. Wir mussten früher deswegen immer Möhren essen, und nun fragt man sich, was man sich damit angetan hat. Die machen einen ganz verrückt mit der Esserei, und manchmal schmeckt's mir gar nicht mehr, weil ich so viel nachdenken muss.

Man soll ja fünfmal am Tag essen, und ich komme in Stress, denn eigentlich soll man auch fünfmal Obst und Gemüse essen und insgesamt natürlich nicht zehnmal, und wann soll man dann Fisch oder Bratwurst essen, denn es soll auch noch ausgewogen sein, und nachher fehlt einem wieder was, und man hat doch noch andere Interessen heutzutage, aber es bleibt einem kaum Zeit.

Jeden Tag sagen sie was Neues. Dass das mit dem Spinat Schwindel war, weiß jeder, aber grün ist er und nun soll man ihn doch wieder essen! Dann hatten sie eine Zeitlang gesagt, Kaffee und Tee zählen nicht mit bei den Mengen, die man immer ausrechnen muss, also: Wieviel Liter man schon hat und wieviel man noch muss, denn man soll mindestens zwei Liter trinken; wenn man älter wird, beziehungsweise, damit man überhaupt älter wird. Und ich kriege immer was über mich mit diesem langweiligen Wasser, aber Fruchtsaft war auch wegen irgendwas nicht so günstig, und früher musste man Kaffee und Tee abziehen und noch mal extra Wasser trinken, um irgendwelche Depots aufzufüllen, und plötzlich sagen sie, das stimmt gar nicht! Kaffee und Tee zählen doch!

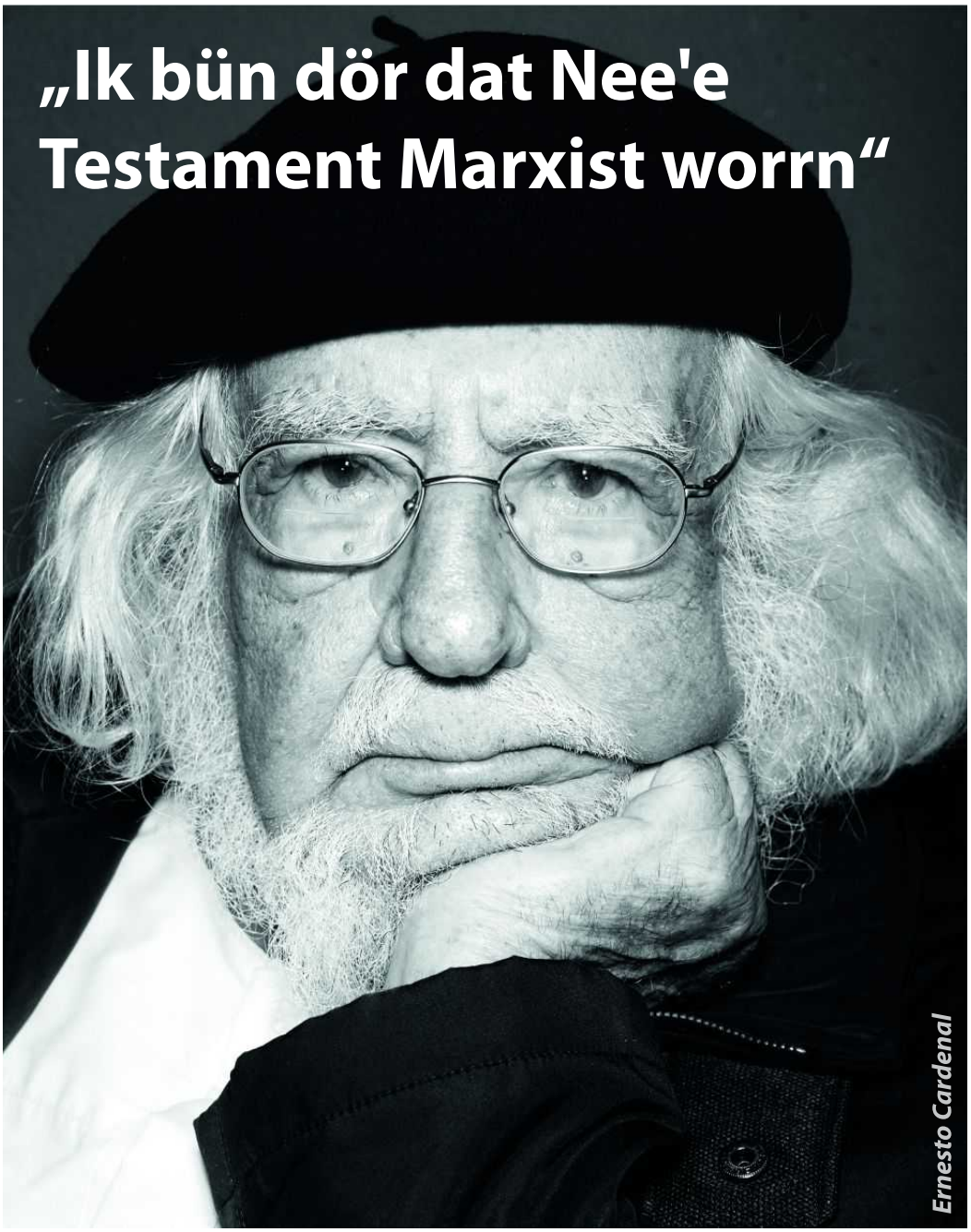
Da hat man dann jahrelang völlig umsonst so viel gerechnet, und meine Ärztin sagt neulich, ich soll nicht zu viel Milch trinken in meinem Alter, dabei stand jetzt wieder drin, dass Milch für die Knochen ist! Ich habe vergessen, weswegen ich davon nicht so viel trinken soll, denn sie fing dann auch mit dem grünen Gemüse an, das einem schon aus den Ohren rauskommt, weil das im Moment in aller Munde ist. Denn wenn mal was in Mode ist, dann aber!

Nun erzählen sie, man soll so viel Salz essen, wie man mag, wenn man was am Blutdruck hat, das war früher verboten, aber angeblich ist es wurscht. Und früher sollte auch immer alles frisch sein, und jetzt sagen sie im Radio, am besten ist es tiefgefroren, weil, da kommt gar nichts mehr dran, während man das Frische meistens ins falsche Kühlschrankfach tut und völlig verkehrt kocht, und dann ist alles raus, und man hätte es sich gleich sparen können.

Man kommt nicht mehr mit und ist ständig hinterher, was nun gerade wogegen am besten ist und wofür am allerbesten, und da vergeht mir der Appetit. Schon, wenn sie „Ernährung" sagen, wird mir ganz anders, weil das eigentlich so nach Viehhaltung klingt, und man hat auch nicht mehr so die Freude, weil man immer denkt, was machst du bloß wieder falsch mit dieser Schokoladentorte!

Hoffentlich guckt keiner und sieht, dass du die Krankenkasse schädigst, weil Schokoladentorten kein bisschen grün sind. Andererseits habe ich gelesen, dass sich Glückshormone in einem bilden, wenn man Schokolade isst, und glücklich sein ist das Allergesündeste. Von grünem Gemüse ist das mit den Glückshormonen bisher nicht bekannt, wahrscheinlich kriegen sie das nächste Woche raus, und ich muss dann doch fünfmal am Tag tiefgefrorenen Spinat mit ganz viel Salz essen.

„Ik bün dör dat Nee'e Testament Marxist worrn“


Ernesto Cardenal

Holger Zantopp

Annerletzt bün ik in´t gruveln kamen. Ik heff mi de Fraag stellt, gaht dat tohoop, Christ un ok Marxist to glieke Tiet to sien? Ja, dat geiht, Ernesto Cardenal hett de Antwoort geven.

De Preester ut Nicaragua is nu 92 Johr oolt. De Dichter un Politiker is jümmers to sehn mit Buernhemmen, Jeans un Jesus-Pantoffeln. Ernestos Hoor is lang, de Boort is witt. Lüüd seggt, he is Christ, Marxist und Che Guevara in een Person.

De kathoolsche Preester harr tosamen mit annere Lüüd de "Befreiungstheologie" utarbeidt. Paapst Johannes Paul II. hett em denn 1985 dat Preesteramt ut de Hand nahmen. Ernesto hett fröher mal seggt, vun wat de Kraft för sien Theologie kamen is: „Dat Evangelium hett uns radikal maakt. Ik bün dör dat Nee´e Testament Marxist worrn.“

Mag ween, de een oder anner hett bet nu dacht, Marxismus un Christentum sünd as Füer un Water, dat kann sik gor nich verdregen. Is avers anradensweert, mal wat vun den Mann to lesen, de na de Revolutschoon Kulturminister worrn is. De Sandinisten in Nicaragua harrn 1979 de Somoza-Diktatur to Fall bröcht.

An die Verheerungen der Sturmflut von 1962 erinnern sich noch viele.

Weservertiefung?

Marita Froese-Sarimun

Wer so nahe an der Wesermündung wohnt, macht sich seine Gedanken zur Weservertiefung. Ich wohne in Bremerhaven-Wulsdorf und das erste Hafenbecken an der Labradorstraße ist gerade mal 700 m Luftlinie entfernt, bis zum Seedeich sind 3 Kilometer. Die Flüsschen Rohr und die etwas größere Lune, die früher mit einem Siel in die Weser mündete, liegen gleich um die Ecke und als Anwohnerin horcht man aufmerksam zu, wenn Politiker von einer Flussvertiefung sprechen.

Als ich zehn Jahre alt war, traf Norddeutschland 1962 eine schwere Sturmflut und ich kann mich an die Ängste meiner Mutter erinnern. Sie hatte einen Koffer mit den wichtigsten Dokumenten gepackt, lauschte den Radionachrichten und sie befürchtete einen Deichbruch. Unsere Umgebung ist sehr flach und die Lune hätte die Wassermassen nicht aufnehmen können.

Der alte Luneschutzdeich kurz vor unserer Haustür wurde schon abgetragen, erste politische Überlegungen zur industriellen Nutzung der Luneplate wurden angestellt, aber erst Jahrzehnte später realisiert.

Die alten Bremerhavener sagten, dass sie bei der großen Sturmflut von 1962 das Glück hatten, dass die Schleuse unter der Kennedy-Brücke gerade fertiggestellt wurde. Sonst wäre die Bremerhavener Innenstadt von hinten, also über die Geestemündung „abgesoffen“. Vielleicht erinnern sich auch noch Bremer an die Bilder, als die Flut mit 5,37 m an der Deichkrone stand. Hamburg hatte damals viele Tote zu beklagen.

Danach wurden die Deiche durch neue Bautechniken verstärkt und die vermittelten den Bürgern Sicherheit. Spätere Fluten von 1976 erreichten aber nochmals eine

Höhe von über 5 m. Steht man bei diesen Stürmen am Deich, ist auch mal an die Perspektive zu denken. Es kommt einem der Deich hoch und breit vor, Stahlträger sind dort eingebaut – aber wer einmal in einem der kleinen Flugzeuge nach Helgoland geflogen ist, weiß, wie riesig die Wasserfläche Wesermündung und Nordsee ist. Auf alten Karten ist noch verzeichnet, wie weit sich die Weser mit ihren Zuflüssen bei Fluten in die Geestmarsch bewegt hat. Diesen Vorteil nutzten räuberische Nachbarn aus dem Norden, um nahe mit ihren Booten an die Dörfer heranzukommen. Zum Schutz bauten die hiesigen Bauern Warften mit einem Ausguck, um sich bei Gefahr in Sicherheit zu bringen. Vor Wikingern müssen wir uns heute nicht mehr fürchten, dafür zahlen alle Bremerhavener, die in niedrigen Bebauungsgebieten der Stadt wohnen, eine zusätzliche „Hochwassersteuer".

In den vergangenen Jahren sind wir von schweren Sturmfluten im Vergleich zu 1962 und 1976 verschont geblieben. Der Wind hat das Wasser nicht in die Trichtermündung der Weser gedrückt.

Mit jedem Meter Flussvertiefung wird bei Flut die einfließende Wassermenge größer, die früheren natürlichen Überschwemmungsgebiete existieren nicht mehr. Kontinuierlich müssen die Küstenstädte ihren Hochwasserschutz ausbauen, und die Anwohner haben ein Problem, den Sinn in weiteren Flussvertiefungen zu erkennen. Es kann zu Änderungen im Strömungsverlauf kommen und nachweislich ergeben sich Veränderungen in der Ökologie. Das Verkehrsaufkommen durch den Transport der Güter belastet die Straßen mit Feinstaub und bei uns die Bahnstrecke Richtung Bremen durch den zusätzlichen Lärm.

Manchmal betrachte ich den Chinaschrott, der uns als Konsumenten so präsentiert wird und meine, es schädigt die Umwelt, ist ökonomisch und ökologisch fragwürdig, wozu soll das gut sein?

Es werden große Flussläufe umgekrempelt, ausgebaggert. Nebenflüsse und Kanäle müssen auch noch schiffbar bleiben, um Waren aus vielen Häfen kreuz und quer zu transportieren. Wie viele LKWs kommen aus dem Hamburger Hafen und stecken dann im Stau auf der A1 bei Bremen?

Letztlich geht es nur um marktwirtschaftliche Stellungen, die verteidigt werden. Wilhelmshaven hat den tieferen Hafen, schiffbar für die größten Containerschiffe. Hamburg, Bremen und Bremerhaven erhoffen sich die Flussvertiefungen, um keinen Einnahmeeinbruch an Wirtschaftsstärke und Steuern zu verzeichnen. Es geht nur um den Wettbewerb!

Land unter an der Weser, hier 1981.

Ich wünsche mir, dass wir beginnen global zu denken und zu planen.

Ganz bewusst will ich diesen Artikel nicht verwissenschaftlichen, es geht mir um die Sorge, die viele Bewohner nahe an einem großen Fluss haben, ob dieser nun an Bremerhaven oder durch Bremen fließt.

Ich wünsche mir auch, dass die Politik und ihre Lobbyisten an die Menschen denken, die an den Flüssen leben. Das Argument der Erhaltung von Arbeitsplätzen weise ich zurück, Häfen werden kontinuierlich automatisiert. Wegen der Kosten! Den Aspekt des Deichschutzes oder Steinschüttungen und Spundwände in Bremen lasse ich auch nicht gelten, denn die Nordsee haben wir nicht in unserer Gewalt.

Küstenschutz gegen Flussvertiefung

Udo Hannemann

Damit Supercontainerfrachter die Handelsplätze erreichen, sollen Flussmündungen und Flüsse vertieft werden. Die notwendigen Wassertiefen wachsen mit den Schiffsgrößen.

Genügte es in der Vergangenheit, die Wasserstraßen von 1900 bis 1957 von 7 auf 10 Meter zu vertiefen, sollen es heute für die Containerhäfen in Bremerhaven und Hamburg schon mal 15 bis 20 Meter oder mehr werden.

Die Wirtschaft verweist auf den Hafen Rotterdam, der bereits heute als Tiefwasserhafen jedes noch so große Containerschiff aufnehmen kann und Bremen und Hamburg das Containergeschäft wegnimmt. Aber gibt es tatsächlich keine andere dauerhafte und kostengünstige Lösung für die Wirtschaft?

- Die Naturschutzverbände haben gegen die weitere Vertiefung ihren Protest eingelegt. Bauern verweisen auf die zunehmende Versalzung der anliegenden Wiesen.
- Deichverbände warnen bei steigendem Meeresspiegel vor den zerstörenden Kräften der Sturmfluten, die durch Vergrößerung der Flussquerschnitte verheerende Folgen haben können. Gewaltige Summen müssten - ähnlich wie im holländischem Deltaprojekt - für die Sicherung des Hinterlandes aufgebracht werden.
- Und die Steuerzahler bezweifeln, dass sich die Investitionen für die zwangsweise dauerhaften Vertiefungsmaßnahmen tatsächlich für die Menschen von Bremen und Hamburg rechnen.

Der WWF hat bereits 2013 eine ökologische und ökonomische Alternative zur Vertiefung von Elbe und Weser vorgelegt. Das Konzept „Kooperationen vertiefen“ sieht eine Zusammenarbeit der drei wichtigsten deutschen Hafenstandorte vor. Dies sind Hamburg, Bremen und Wilhelmshaven. In Wilhelmshaven wurde mit

Eine vernünftige Arbeitsteilung zwischen den deutschen Seehäfen könnte die Antwort sein, um in der Konkurrenz mit Rotterdam zu bestehen.

vereinter Anstrengung von Bremen und Niedersachsen der Tiefwasserhafen „Jade-Weser-Port“ (JWP) angelegt.

Die Flächen in Hamburg und Bremerhaven sind begrenzt – die Abgabe des Umladens (das Aus- und Weiterleiten von Containern, engl. Transshipment) bietet die Chance, mehr Wertschöpfung pro Container zu erzielen – beispielsweise Dienstleistungen im Bereich Ver- und Umpacken von Gütern sowie Warendistribution.

Wilhelmshaven wird Anlaufpunkt für die Mega-Containerschiffe. Dort wird bereits heute ein Teil der Container entladen und die Mega-Containerschiffe können dann mit geringerem Tiefgang nach Bremen und Hamburg weiterfahren.

In Wilhelmshaven können die Inhalte der Container neu zusammengestellt und an die Endkunden verteilt werden. Die Container können ebenso komplett mit der Bahn in Europa verteilt oder mit Küstenschiffen nach Hamburg, England oder in den Ostseeraum weitergebracht werden.

In der Gesamtbetrachtung stärkt das Szenario den Hafenstandort Deutschland. Darüber hinaus profitieren Elbe und Weser von einem Verzicht auf weitere Vertiefungen.

Mir scheint das Konzept des WWF schlüssig. Es ist im Internet nachzulesen: http://www.wwf.de/themen-projekte/projektregionen/elbmuendung/hafenkooperation-als-alternative/

Arno Kunath und seine Tochter Hanna

Udo Hannemann

In Bremen gibt es zahlreiche öffentliche Grünanlagen, die von den Bürgern der Stadt gerne genutzt werden.

Die bekanntesten Grünanlagen sind Bürgerpark (rechts und links der Weser), die alten Wallanlagen, die sich um den alten Stadtkern auf beiden Seiten der Weser ziehen und der Rhododendronpark mit seinen Gewächshäusern. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Grünanlagen, die überwiegend von Stadtgrün gepflegt werden.

Eine Besonderheit sind die kirchlichen und städtischen Friedhöfe. Ihre Nutzung als Parkanlagen unterliegt besonderen Regeln und garantiert Ruhesuchenden einen ungestörten Aufenthalt in einer oft spektakulären Gartenumgebung.

Darüber hinaus findet sich dort für historisch Interessierte so manches Grab von bekannten Bremer Bürgern.

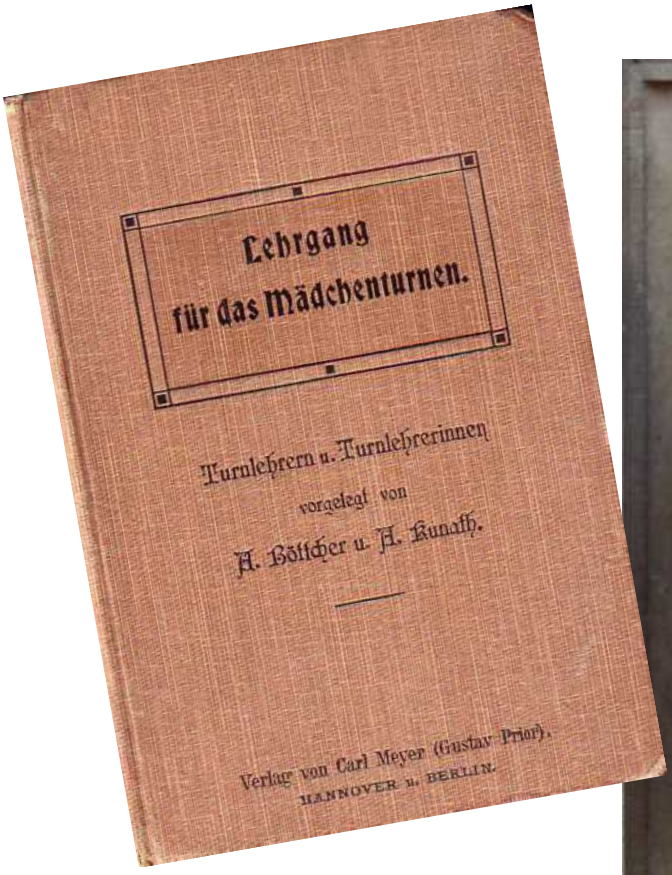
Etliche Anlagen wurden als „Gartendenkmal“ unter die Aufsicht der Bremer Denkmalpfleger gestellt. Leider unterliegen einzelne Grabanlagen, auch wenn sie innerhalb einer in seiner Gesamtheit geschützten Anlage liegen, den bekannten Kapitalverwertungsregeln.

... und dann findet man nichts mehr!

Und hier komme ich nun zum „Familiengrab Kunath“ auf dem Friedhof Riensberg.

Arno Theodor Kunath wurde 1864 in Sachsen geboren und war Zeit seines Lebens ein begeisterter und begabter Turner. Er wurde Turnlehrer und besuchte während seiner Zeit in Leipzig Vorlesungen über Psychologie und Pädagogik. 1880 wurde er Turnlehrer des „Allgemeinen Bremer Turnvereins“.

Dank seiner unermüdlichen Arbeitskraft weitete sich der Bereich des Turnens auch auf die öffentlichen Schulen aus. Kunath propagierte Mädchenturnen, führte für ältere Turner das Altersturnen ein. 1915 wurde ihm der Titel Oberturnlehrer verliehen. Neben seiner persönlichen



Teilnahme und der Organisation von Wettkämpfen (z.B. 1913 in Leipzig, 1923 in München) knüpfte er Verbindungen über Deutschland hinaus.

Die Gründung der Deutschen Turnschule in Berlin, die 1928 eingeweiht wurde, war zu einem guten Teil seiner Initiative zu verdanken. Zu Recht sah er in der Tätigkeit als Oberturnwart, die ihm durch das großzügige Entgegenkommen der Senatskommission für das Unterrichtswesen ermöglicht wurde, den Höhepunkt seiner turnerischen Laufbahn. 1933 gründete er aus Protest gegen die Vereinnahmung der Turnverbände durch den Nazi-Staat die „Arno Kunath Wanderriege", in der bis heute jeden Donnerstag Männer durch Bremen und Umgebung wandern.

In zahlreichen Leitfäden und Lehrbüchern wies sich Arno Kunath auch als ausgezeichneter Theoretiker des Turnens aus. Sowohl der Deutsche Reichsausschuss für Leibesübungen als auch die Reichswehr beauftragten ihn 1922 mit der Abfassung bzw. Überarbeitung von Turnvorschriften.

Nach den Worten von Theodor LewaId (ein hochrangiger Verwaltungsbeamter des Deutschen Reiches, Sprecher für die Reichsregierung im Deutschen Reichstag, Mitglied im Exekutivkomitee des Internationalen Olympischen Komitees) war er einer der bedeutendsten Forscher in der Methodik und Systematik der Leibesübungen und der beste Kenner der deutschen Turnsprachen. Durch Beschluss des Senats vom 09.11.1965 wurde eine Straße im Ortsteil Peterswerder nach Arno Kunath benannt.

Pioniergeist bis ins hohe Alter

Hanna Hübner-Kunath (*11.06.1909 in Bremen, † 12.09.1994 in Sevetal) war die Tochter von Arno Kunath und eine der ersten weiblichen Piloten in Deutschland. In Bremen erwarb sie als erste Frau einen Pilotenschein. Sie wurde Fluglehrerin im Bremer Verein für Luftfahrt und gründete dort 1936 eine Flieger-Frauengruppe, die sie bis 1943 leitete. 1968 war sie an der Gründung der Vereinigung deutscher Pilotinnen beteiligt.

Noch mit 84 Jahren saß Hanna Kunath hinter dem Steuerknüppel und war somit auch Deutschlands älteste Pilotin.

Noch kann diese Grabstelle auf dem Friedhof Riensberg besichtigt werden, aber da die Familie in alle Welt verstreut ist, wurde die Grabanlage an den Friedhof zurückgegeben. Wenn sich nun niemand findet, die Grabanlage dauerhaft zu pflegen, werden die Grabplatten und die Steineinfassung entfernt. Es wird dann nur den Rasen - ohne eine weitere Erinnerung an diese beiden bekannten Bremer Namen - geben.

Sowohl die Turner in Bremen als auch die Freunde der Luftfahrt haben ihr Interesse an einer öffentlich zugänglichen Gedenkstätte für beide Personen geäußert. Nun wird versucht, eine gemeinsame langfristige und finanzierbare Lösung zu finden.

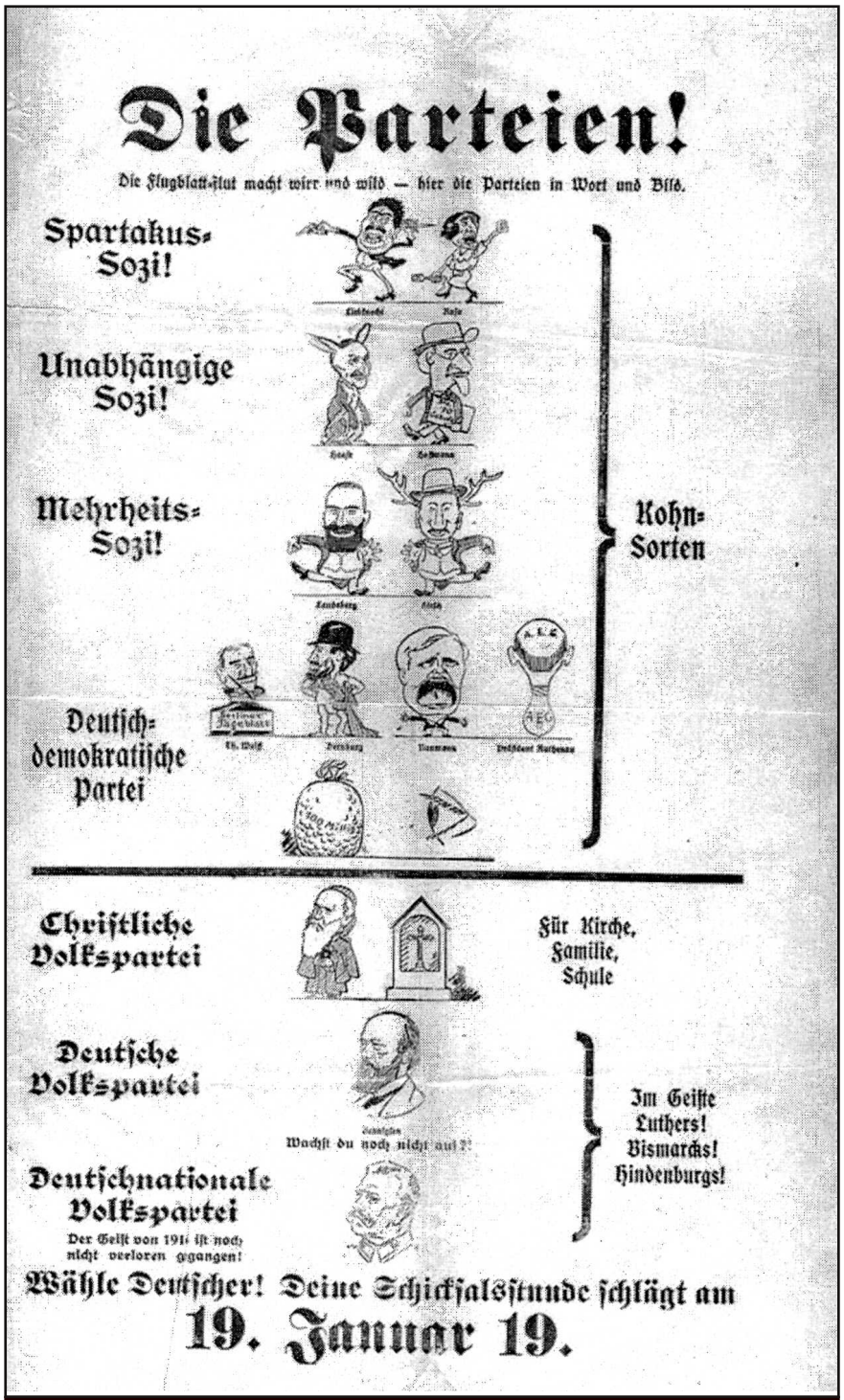
Noch erinnert der Grabstein auf dem Riensberger Friedhof an eine außergewöhnliche Bremerin. Privates Engagement ist gefragt, um die Erinnerung zu bewahren.

Quellen:
Bremische Biographie 1912 – 1962, Verlag: H.M. Hauschild GmbH Bremen, 1969
100 Jahre Bremer Verein für Luftfahrt, Stedinger Verlag, Lemwerder 2009

Zurück zur ...

Jörg Wollenberg

Erneut erlebt die Bundesrepublik einen Bewusstseinswandel. Wieder einmal wird auf die nationale Karte gesetzt. Die „erneuerte Rechte“ um de AFD gewinnt zusehends Anhänger aus der Mitte der Gesellschaft. Und selbst einige Vertreter der Linken plädieren für die „nationale Identität“. Für diese neu-alten Anhänger des „Radikalismus der Mitte“ (Theodor Geiger) geht es um ein „deutsches Europa“ mit Sonderrechten - gegen ein „europäisches Deutschland“ mit gleichen Rechten und dem Selbstbestimmungsrecht für alle Nationen: „Deutschland zuerst“ lautet die Parole.



Plakat zur Wahl der Nationalversammlung am 19. Januar 1919.

Ein Grund mehr, um einen Blick auf den 9. November und seine Hinterlassenschaften in der deutschen Geschichte zu werfen.

Was auch immer in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 auf Befehl der obersten Naziführung zum Gedenken an die "alten Kämpfer" des Hitler-Putsches am 9. November 1923 überall in Deutschland geschah, es vollzog sich vor einer breiten Öffentlichkeit. Viele waren dabei - und kaum einer will es später noch gewusst haben.

Dabei war auch der damals 9-jährige Hans Steiger aus Nürnberg, der Stadt des Judenhetzers Julius Streicher. Dieser hatte schon lange vor 1933 in seinem Massenblatt „Der Stürmer“ verkündet: „Die Juden sind unser Unglück“. Als ich den politischen Freund der „Arbeiterstimme“ vor kurzem am Nürnberger Kaulbachplatz, meiner Wirkungsstätte von 1985 bis 1992, wieder traf, erinnerte er mich an einen Brief von 1992, den er heute wieder schreiben müsste. Damals, am 9. November 1992, hatte er mir geschrieben:

„Ein Albtraum droht mir das Herz zuzuschnüren: es kann doch nicht sein, dass sich alles noch einmal wiederholt ... Genau vor 54 Jahren hatte ich das schrecklichste Erlebnis meiner Kindheit. 1938. In jenem November lief ich durch die Nachbarschaft, bis ich zufällig zum Nürnberger Kaulbachplatz kam. In diesem Viertel waren die großräumigen Jugendstilhäuser meist von wohlhabenden Juden bewohnt. Aber nun, nach dieser furchtbaren Nacht, in der die SA-Horden gewütet hatten, bot sich mir Neunjährigem ein Bild des Schreckens. Auf den Straßen lagen aufgeschlitzte Betten, zerstörter Hausrat und auf den zerschlagenen Möbeln saßen jüdische Frauen und heulten ihren Männern nach, die von den

braunen Schergen abgeholt worden waren, manche auf Nimmer-wiedersehen. Überall lagen Glassplitter. Ich stand da wie gelähmt, das Elend, dass sich mir kleinem Buben auftat, war so er-schütternd, dass momentan aller Nazieinfluss durch Schule und Jungvolk einfach in den Hintergrund trat. Was ich am Kaulbachplatz nicht angetroffen hatte, waren die den Schergen Beifall klatschenden Nachbarn (wie es woanders leider durchaus gewesen war). Das entsetzliche Geschehen hat mich nie wieder vergessen lassen, was Menschen Menschen antun können".

Mit dieser Erinnerung an die sog. "Reichskristallnacht" von 1938 drückte am 9. November 1992 einer meiner politischen Weggefährten seine Betroffenheit darüber aus, was sich nur eine Generation später in anderer Weise noch einmal zu wiederholen drohte und 1938 den Auftakt für noch Schrecklicheres lieferte. 1991/92, ziehen - wie erneut heute - grölende Rechtsradikale mit Nazisymbolen ungestraft durch die Straßen, brennen Häuser nieder, schmähen Minderheiten, schänden jüdische Friedhöfe und verbrennen Menschen. Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen stehen für den im geeinten Deutschland gewaltsam wieder aufbrechenden Rechtsextremismus und Rassismus. Und anders als bei ähnlichen Ausschreitungen in der alten Bundesrepublik können die Täter jetzt auch mit dem Beifall des gaffenden Publikums rechnen. Für alle sichtbar ist ein Tabu gebrochen. Man darf sich im neuen Deutschland als fremdenfeindlich (und das schließt antijüdisch ein) bekennen. Die Medienwirksamkeit dieser Ereignisse trägt dazu bei, dass die Gewalt der Straße sich durch die Politik bestätigt findet.

Wie ist das scheinbar unglaublich Unerklärliche zu erklären? Ich suche nach einer Antwort als Lehre aus der Geschichte. Denn die immer wieder auftretenden Gefahren des Nationalsozialismus und Antisemitismus lassen sich auch daran ablesen, wie sensibel man in unserem Lande mit dem 9. November umgeht und ihn in geschichtliche Zusammenhänge einordnet.

Denn der 9. November 1938 erinnert zugleich an Blutspuren, die auf eine gewollte Zerschlagung demokratischer Strukturen in Deutschland durch konservative und reaktionäre Kräfte hinweisen und die sich immer wieder gegen die Schneisen der Freiheit wenden, die schon Ende des 18. Jahrhunderts die "Morgenröte der Republik" in Deutschland ankündigten. So riefen 56 Jahre nach der ersten, in den Schulbüchern vergessenen deutschen Demokratie, der Mainzer Republik von 1792/93, deutsche Demokraten im März 1848 erneut eine "freiheitliche Republik" aus. Während die Frankfurter Nationalversammlung in der Paulskirche über die zu wählende Form der Republik stritt, wurden die Volkserhebungen mit Waffen erstickt. "Gegen Demokraten helfen nur Soldaten", verkündete die seit Juli 1848 in Berlin erscheinende "Kreuzzeitung". Am 9. November 1848 beendete der preußische Militärputsch mit dem anschließenden Belagerungszustand über Berlin vorzeitig die demokratischen Hoffnungen. Ebenfalls am 9. November 1848 wurde der Kopf der Frankfurter Linken, Robert Blum durch ein Sondergericht zum Tode verurteilt und in Wien von der siegreichen Reaktion hingerichtet - trotz seiner Immunität als Parlamentsmitglied.

Noch dramatischer und folgenreicher prägte der Antisemitismusstreit Kultur und Politik im 19. und 20 Jahrhundert. Die am 9. November 1918 ausgerufene Weimarer Republik wurde nicht nur von den Völkischen und den Nazis als „Judenrepublik“ denunziert. Und nicht zufällig legte Hitler seinen Putsch auf den 9. November 1923 und verordnete den Judenpogrom zum 9. November 1938.

Schon ein Plakat zur ersten Reichstagswahl vom 19. Januar 1919 hatte dazu aufgefordert, in „Deutschlands Schicksalsstunde“ nicht die Jüdischen „Cohnsorten“ von Spartakus, der MSPD, der USPD oder der DDP zu wählen, sondern den späteren Helfershelfern der NSDAP aus den Reihen der DNVP, DVP oder dem Zentrum die Stimme zu geben: „Für Kirche, Familie Schule im Geiste Luthers, Bismarcks und Hindenburgs“- gegen die Cohnsorten: Der jüdische Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn von der USPD steht stellvertretend für die Anhänger der von Anfang an als Judenrepublik denunzierten Weimarer Republik.

1926 – 2017

Detlef Dahlke

Orhan Çalışır

Ich glaube, wir haben uns 2004 auf einem Seminar in Naumburg an der Saale kennengelernt. Damals war er mit seinen 78 Jahren der älteste Teilnehmer und wer Detlef nicht kannte, hätte sich vielleicht gefragt, was er mit seinen fast 80 Jahren auf einem Bildungsseminar macht. Im Laufe der Seminarwoche fiel er mir mit seinen fundierten Beiträgen immer mehr auf. Es ging auf dem Seminar u.a. um Peter Weiss und sein Werk „Ästhetik des Widerstands".

Der Autor stellte unter anderem die Frage, was man unter politisch sehr schweren Bedingungen machen kann, um nicht in Resignation zu fallen? Wie kann Kunst einem helfen, um die Welt für den Klassenkampf, für eine bessere Welt zu deuten? Und auf dem Seminar war die Frage, wie man sich noch und überhaupt gegen den Strom stellen kann, während Politik und Medien täglich den absoluten Sieg des Kapitalismus verkünden. Genau diese Fragen beschäftigten auch Detlef.

Auch im DGB-Haus am Bahnhof wurde an Detlef erinnert.

Ab 2007 machte er in der WIR-Redaktion mit. Mit seinen Ideen und Vorschlägen war er für die Zeitungsarbeit ein großer Gewinn. Auf den Redaktionssitzungen und Medienseminaren war er einer der fleißigsten Zeitungsmacher. Wenn ihm eine Person für die Zeitung wichtig war, sagte er uns „die Frau oder den Mann müsst ihr interviewen, er/sie ist wichtig". So taten wir es auch.

Er ist in einem sozialdemokratischen Elternhaus aufgewachsen, aber wurde in seiner Kindheit durch die Nazi-Ideologie vereinnahmt. Die Emanzipation davon sollte erst nach dem Krieg durch Selbststudium und politische Tätigkeit möglich werden. Seit den 1950er Jahren war er federführend in den Kriegsdienstverweigerer-Gruppen aktiv, beteiligte sich an der Kampagne „Kampf dem Atomtod" und war später einer der Organisatoren der Ostermärsche.

Detlef konnte einem mit seiner gewaltigen politischen Energie Hoffnung machen. Durch seine große Erfahrung, vor allem in der Friedensbewegung, wusste er zu gut von der Nicht-Friedfertigkeit des Kapitalismus und dass die Kriege nicht nur von autoritären und faschistischen Regimen ausgelöst werden. Die Bedeutung des Friedens war ihm vor allem für emanzipatorische Projekte sehr wichtig.

Gleich nach dem Krieg wurde er Gewerkschaftsmitglied, später auch Betriebsrat. Trotz vieler Enttäuschungen, wie die Nicht-Abschaffung der Wehrpflicht, blieb er SPD-Mitglied. Detlef war einer der Pioniere der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit in Bremen. Er leitete bis zu seinem Tod die IGM-Geschichtsgruppe und hielt als Zeitzeuge Vorträge in den Schulen über den Nationalsozialismus.

Detlef beeindruckte mich mit seinem Wissen über Geschichte, vor allem über die Geschichte der Arbeiterbewegung. Er konnte über die wichtigen Kämpfe und Ereignisse fundiert erzählen. Die Her-

Ein ganzes Leben für Frieden, Bildung und gewerkschaftliche Interessenvertretung.

kunft und den Werdegang der wichtigen Protagonisten der Arbeiterparteien und Gewerkschaften kannte er sehr gut. Warum jemand auf dem Posten war und was er dort alles gemacht hat, konnte man ihn fragen. Er war jemand, den man als „Bibliothek auf zwei Beinen" bezeichnen würde. Und überall waren Leute zu finden, die bei ihm Seminare gemacht hatten. Sozusagen Leute, die bei Detlef politische Bildung genossen hatten. Detlef Dahlke war eine Art Brücke zwischen den Generationen nach dem Krieg und heute. Mit seinem Verlust ist eine Verbindung zwischen diesen Generationen abhanden gekommen.

Bei unserem letzten ausführlichen Gespräch und Interview zu seinem 90. Geburtstag im Oktober 2016 ging es wieder um die Lage und Veränderung der Welt. Die weltweite politische Entwicklung, die Kriege machten ihm große Sorgen. Er war aber nicht resigniert. Er wollte seinen Peter Weiss-Lesekreis weiterführen, um dessen Standardwerk „Ästhetik des Widerstands" zu studieren. Das hat Detlef dann auch gemacht.

Interviews mit Detlef Dahlke in WIR:
-Ausführliches Interview mit Detlef Dahlke in Nr. 6 (2006) und 7 (2007) der WIR
-Interview zum 90. mit Detlef Dahlke und Hermann Wilkenning, in WIR, Nr. 29 (2016)

Armut in einem reichen Land

Vortrag und Diskussionsveranstaltung mit Prof. Dr. Christoph Butterwegge

Bernd Krause

Am 7. August fand auf Einladung der WIR, der ver.di-SeniorInnen, des DGB, ver.di und IG Metall die Veranstaltung im vollbesetzten Tivolisaal statt. Über eine Stunde referierte Butterwegge über die lange bei uns tabuisierte Armut. Noch immer wird sie in Deutschland geleugnet, verharmlost und ideologisch entsorgt.

Butterwegge wies auf die unglaubliche Steuerungerechtigkeit hin. Arbeitnehmer und Rentner müssen fast alles versteuern. Aber z. B. die beiden BMW-Hauptaktionäre haben im letzten Jahr allein als Dividende über eine Milliarde Euro eingestrichen, nach seinen Berechnungen werden die beiden jedes Jahr netto um 4 Milliarden Euro reicher. Butterwegge kritisierte den Neoliberalismus der drei großen Parteien, welche schon unter dem SPD Kanzler Helmut Schmidt mit der Demontage des Sozialstaates begann und mit Gerhard Schröder durch Hartz IV erheblich verschlimmert wurde. Damals sagte Schröder auf dem Weltwirtschaftgipfel in Davos: "Deutschland hat den besten Niedriglohnsektor in Europa".

Am meisten setzte er uns ins Erstaunen über den Solidaritätsbeitrag. Fast alle Parteien wollen jetzt im Wahlkampf den "Soli" abschaffen. Profitieren würden davon die Unternehmen in Millionenhöhe, denn er wird erhoben auf die Körperschaftssteuer und das bringt dem Staat viel Geld von den großen Unternehmen. Die geringfügig Beschäftigten zahlen heute keinen Solidaritätszuschlag. Der Soli könnte sinnvoll zur Bekämpfung der Kinderarbeit eingesetzt werden.

Butterwegge machte uns abschließend Hoffnung. Steuerpolitik muss „steuern", das heißt umverteilen und das könnte eine rot/rot/grüne Regierung hinbekommen. Vielleicht könne ähnlich wie in Österreich auch eine Bürgerversicherung eingeführt werden. Die riesigen Rüstungsausgaben müssen gekürzt und nicht - wie es die CDU/CSU will - verdoppelt werden. Wenn sich möglichst viele Menschen damit befassen, wachsen die Chancen, dass in Staat und Gesellschaft ein Umdenken in Hinblick auf mehr Solidarität und soziale Gerechtigkeit stattfindet.

Impressum

Die Zeitung wird gefördert durch GEW Bremen, IG Metall Bremen und ver.di Bremen. Über weitere MitarbeiterInnen würden wir uns freuen. Kritik und Anregungen sind uns immer willkommen.

HERAUSGEBER & KONTAKT
Arbeitkreis DGB-SeniorInnen Bremen
c/o Gerd Bohling
DGB-Haus Bremen
Bahnhofsplatz 22–28, 28195 Bremen

DRUCK
Die Senatorin für Kinder und Bildung

REDAKTION
Wolfgang Bielenberg (GEW), Udo Hannemann, Hugo Köser, Hermann Wilkening, Gerd Bohling (IGM), Willi Derbogen, Marita Froese-Sarimun, Traudel Kassel, Margot Müller, Günther Wesemann, Bernd Krause, Brigitte Wilkening, Reiner Meissner, Udo Schapals (ver.di)

V.i.S.d.P.
Manfred Weule
Redaktionsadresse:
Bildungsvereinigung Arbeit und Leben
Tel. 0421 / 960 89 12 | wir@aulbremen.de

Zum Artikel „100. Geburtstag“ in WIR 29

Peter Weiss, ein „Unzugehöriger“ in allen Lebensorten? so fragt der kurze Artikel in der WIR Nr. 29. Und beantwortet die Frage mit einem Tritt gegen die DDR und einer Lobhudelei auf Bremen.

Zunächst die Fakten:

Als Unzugehöriger hat sich Peter Weiss schon in Bremen gefühlt, wie er in seinem autobiografischen Werk “Abschied von den Eltern“schreibt.

Das Einreiseverbot in die DDR bestand lediglich einige Stunden im November 1972.

Lange Jahre vor dem Bremer Literaturpreis erhielt er 1966 den Heinrich-Mann-Preis der Deutschen Akademie der Künste, Berlin (DDR). Bremen hat es gerade noch im Todesjahr (1982) geschafft, den großen Schriftsteller zu ehren.

Weiss selbst hielt enge Verbindungen in die DDR, z.B. ließ er die „Ermittlung“ im Plenarsaal der Volkskammer der DDR von Akademiemitgliedern lesen. Die Vortragenden waren Widerstandskämpfer, Überlebende der Konzentrationslager, vor Hitler in die Emigration Geflohene. Das wurde im Westen als Provokation aufgefasst, Weiss' Verleger Unseld wollte das auf keinen Fall zulassen. Aber, wo waren im Westen die Parlamentarier, die Weiss für seine Texte hätte gewinnen können? Hier saßen bis in höchste Regierungsämter Alt-Nazis, so der Bremer Karl Carstens, ein SA-Mann der ersten Stunde, der es von 1976 bis 1979 zum Bundespräsidenten brachte.

Also, wer versucht, wie der Autor in der WIR, Peter Weiss für Bremen, für die BRD gegen die DDR in Stellung zu bringen, der lässt es an der Sorgfaltspflicht im Umgang mit Fakten fehlen. Es lassen sich viele Zitate bei Peter Weiss finden, die seine Verzweiflung über den Zustand der BRD deutlich machen. Aber es lassen sich auch viele Zitate finden, die Kritik an

Peter Weiss

Verhältnissen in der DDR üben. Ein Unzugehöriger. Dass Peter Weiss trotzdem seit 1968 Mitglied der Schwedischen Kommunistischen Partei war, ist vielleicht auch eine interessante Information.

Könnte es sein, dass der WIR-Autor noch die Schlachten des Kalten Krieges weiterführt? Ich kann mir nicht vorstellen, dass Detlef Dahlke, den ich als Friedensaktivisten schätze, tatsächlich diesen Text verfasst hat.

Mein Vorschlag: Peter Weiss lesen und lernen. Lernen aus den Fehlern der Vergangenheit und darum ringen, uns heute gemeinsam Faschismus und Krieg entgegen zu stellen. (Sehr zu empfehlen: Jens-Fietje Dwars, Und dennoch Hoffnung – Peter Weiss, Eine Biographie).

Barbara Heller

Zur Bundestagswahl: Wahlrecht für alle.

Fast 12%, das sind etwa 8 Millionen Erwachsene in Deutschland dürfen nicht wählen, so hat es das Magazin der ARD, Monitor recherchiert. Nur weil sie nicht Deutsche im Sinne des Bundesverfassungsgerichts nach einem Entscheid von 1990 sind. Viele von ihnen sind hier geboren, haben ihre Arbeit und zahlen Steuern.

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus, der Bürger ist der Souverän. Jemand, der von Entscheidungen betroffen ist, sollte an den Entscheidungen möglichst auch mitwirken können. Ein gutes Zusammenleben kann nur gelingen, wenn alle am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben können. Die Gesellschaft hat sich verändert wir haben fast doppelt so viele Ausländer als vor fast 30 Jahren. Die, die hier leben, integriert sind und dem deutschen Recht unterworfen sind, sollten auch an kommunalen sowie Landtags- und Bundestagswahlen von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen können. Seit 1996 dürfen übrigens Ausländer aus EU-Ländern bei Kommunalwahlen in Deutschland wählen.

Meine Forderung wäre daher: Wahlrecht für alle.

Bremen; August 2017, Elona Friedrich

SA 30.09.

Internationaler Tag der älteren Generation

Dieses Mal am Samstag, 30. September 2017 ab 14 Uhr auf dem Hanseatenhof

Gabi-Grete Kellerhoff
Bernd Krause

Nach dem Beschluss der Vereinten Nationen (UN) vom 19. Dezember 1990 findet weltweit jährlich am 1. Oktober der "Tag der älteren Generation" statt. Dieser Tag soll die älteren Menschen und deren spezifische Lebenssituationen ins Zentrum der Diskussion rücken.

In Bremen gibt es seit 2010 am 1. Oktober auf dem Hanseatenhof eine Veranstaltung zum "Internationalen Tag der älteren Generation". Mehr als 30 Organisationen (DGB-Gewerkschaften, Parteien, Sozialverbände, Naturschutzverbände, Kirchen etc.) organisieren seit nunmehr sieben Jahren alljährlich diesen Tag.

Auch 2017 wollen wir wieder ein Zeichen setzen. Unter dem Motto: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ (Grundgesetz Art. 1) stehen vor allem die Menschenrechte im Vordergrund: „Jeder hat das Recht auf die soziale Sicherheit, die für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlich ist.“ (Menschenrechte Art. 22).

Auch in diesem Jahr wird es wieder bunt hergehen, in Zelten und an Informationsständen sind die Menschenrechte, die Situation und Belange der älteren Generation wichtige Themen. Rege Diskussionen, Begegnungen und Austausch sind an diesem Tag neben einem spannenden Kulturprogramm zu erleben.

Außer kurzen Grußworten sind zwei Hauptredner angekündigt: Wilhelm Tacke, ehemals Pressesprecher der Katholische Kirche, und ver.di-Geschäftsführer Rainer Kuhn.

Kulturelle Höhepunkte in diesem Jahr setzen das 1. Bremer Ukulelenorchester, die Musikgruppe „Pflegenotstand“ und Holger Zantopp mit einer plattdeutschen Lesung. Nicht zu vergessen, die Kabarettgruppe „Die Bazillen“ und die ver.di-Theatergruppe, die in alter Manier die Politik aufs Korn nehmen werden.

Die Veranstalter freuen sich über eine große Beteiligung, denn diese Vielfalt ist unsere Stärke und unser gemeinsames und solidarisches Handeln macht uns stark.

Übrigens: Das Wetter war uns bisher immer wohl gesonnen! Also, sehen wir uns diesmal ausnahmsweise schon am Samstag, 30. September 2017, ab 14 Uhr auf dem Hanseatenhof.